

B B ; ****str. **, 5429* Trier

Landesschiedsgericht

c/o Piratenpartei Deutschland

Landesverband Rheinland-Pfalz

Postfach 3309

55023 Mainz

Per E-Mail an: schiedsgericht@piraten-rlp.de

Trier, 26. Juni 2014

Ergänzungen zu meiner Anrufung vom 17. Mai 2014 (Gültigkeit des Generalsekretär*innen-Wahlganges auf der Landesmitgliederversammlung 2014.2)

Liebes Landesschiedsgericht,

betreffend meine Anrufung habe ich folgende Ergänzungen:

I. Sachverhalt

Inzwischen wurde eine Aufzeichnung des Streams öffentlich zur Verfügung gestellt. Hieraus habe ich ein auszugsweises Wortprotokoll erstellt, das in Anlage zu diesem Schriftsatz gesendet wird.

Auf Basis dieser Aufzeichnung stellt es sich so dar, dass der Wahlleiter bei der Abstimmung über das Wahlverfahren das Verfahren zunächst so erläutert hat, dass eine Enthaltung nur durch Nicht-Abgabe des Stimmzettels möglich ist und mehr als 50 Prozent der abgegebenen Stimmen benötigt werden.

Während des Wahlgangs zur Stellvertretenden Vorsitzenden erläutert er dann die „abgewandelte“ Verfahren, bei dem eine explizite Enthaltung möglich ist. Hierbei geht er nicht darauf ein, wie sich dies auf die Auszählung auswirkt. In Verbindung mit der expliziten Regelung in der Geschäftsordnung, gehe ich davon aus, dass sich hierdurch das Mehrheits-Erfordernis auf „mehr Ja- als Nein-Stimmen“, also „die absolute Mehrheit der sich nicht enthaltenden“ (so die Geschäftsordnung wörtlich) Stimmen ändern müsste.

Der Wahlleiter geht jedoch im Folgenden davon aus, dass auch bei diesem abgewandelten Verfahren mehr als 50 Prozent Ja-Stimmen nötig sind.

Außerdem lässt er vor der Wiederholung des Generalsekretär*innen-Wahlgangs über eine Änderung von „Advanced“ zu „Simple“ Approval abstimmen. Hierbei kündigt er zunächst an, dass die Kandidat*innen-Liste dann noch einmal geöffnet wird und auch ein Rückzug von der Kandidatur möglich ist. Nach der Abstimmung über das Wahlverfahren geht er aber direkt zum Drucken der Stimmzettel für den neuen Wahlgang über.

Die Anträge und Begründungen der ursprünglichen Anrufung halte ich daher in vollem Umfang aufrecht.

II. Anträge auf einstweilige Anordnung

Die Anträge auf einstweilige Anordnung der ursprünglichen Anrufung ziehe ich hiermit zurück.

Stattdessen stelle ich den folgenden Antrag auf einstweilige Anordnung:

1. Das Landesschiedsgericht möge beschließen, dass bis zur Klärung in der Hauptsache beziehungsweise bis zu einer dann möglicherweise nötigen Wiederholung der Wahl der Posten der Generalsekretär*in im Landesvorstand Rheinland-Pfalz unbesetzt bleibt.

Dies scheint nach inzwischen stattgefundener Diskussion das mildeste satzungskonforme Mittel zu sein, mit der unklaren Situation umzugehen.

Mit freundlichen Grüßen

B B

Anlage